

Gewerbe- und Mittelstandsfragen.

Kredite für den
Mittelstand.

Der Fall Barmat gab Veranlassung, in der Kreditpolitik des Staates eine schärfere Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel, insbesondere aber Garantien zu fordern, daß diese Mittel auch an Handwerk und Kleinhandel herankommen. Dr. Pinkernell als Sprecher der Fraktion und gleichzeitiger Berichterstatter für den Haushalt des Ministeriums für Handel und Gewerbe legte schon in der Statrede zum Haushalt 1925 darauf den größten Nachdruck unter scharfer Stellungnahme gegen die Elemente, die sich während des Krieges und der Inflationswirren in die deutsche Wirtschaft eingedrängt haben, deren Selbständigkeit zu wahren aber keinerlei Anlaß vorliege. Als Forderungen und Voraussetzungen der Wirtschaftsgesundung und Rationalisierung bezeichnete er u. a. Bodenständigkeit der Banken als Treuhänder der Wirtschaft, schnelle Kreditzufuhr ohne Geldkettenhandel, Verkürzung der Spanne zwischen Diskont und Leihgeschäft, Sparpropaganda, nicht zuletzt unter den jugendlichen Arbeitern, Absage an eine geldverschwendende öffentliche Wirtschaft, insbesondere an Kommunalisierungsexperimente, keine Scheuklappenpolitik gegenüber den Kartellen, deren Auswüchse, nicht aber deren Wesen gesunder Konventionen zu bekämpfen ist. Heidenreich unterstrich dies mit besonderer Betonung der Sparsinn-Erneuerung durch Wiederherstellung des Vertrauens in der Frage der Aufwertung. Die Inkonsequenz der Wirtschaftspartei bekämpfend, die den Staatsbetrieben billigeren Einkauf verwehren wollte unter gleichzeitigen Angriffen auf ihre unsparsame Wirtschaft, forderte die Deutsche Volkspartei in